

Antje Huber

Mitmenschlichkeit als Verpflichtung des Widerstands

Ansprache der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit Antje Huber am 20. Juli 1979 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg

Je öfter wir den 20. Juli begehen, desto mehr wächst die Zahl derjenigen, die diesen Tag im Jahr 1944 nicht mehr selbst erlebt oder doch bewusst erlebt haben. Dies ist nun schon weit mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung. Für sie liegt es nahe, zu sagen, das alles ist nun schon 35 Jahre her, ist Geschichte. Wir möchten eher meinen, es ist erst 35 Jahre her. Erst 35 Jahre, dass auf unserem Boden ein Unrechtsstaat existierte, eine Ein-Partei-Diktatur, die, in Notzeiten aufgestiegen, bei Kriegsausbruch – also nur 6 Jahre später – 300.000 politische Gefangene in Gefängnissen und 21.400 in Internierungslagern hatte. Man schätzt, dass es in den 12 Jahren Nazizeit ca. 500.000 – 600.000 politische Gefangene gab. Nie mehr wird sich die Zahl derer genau feststellen lassen, die aus rassistischen Gründen gefangengesetzt und vernichtet wurden, ohne je Widerstand geleistet zu haben. Nach Berechnungen von Kogon und Kautsky sind insgesamt 7.820.000 Menschen in die Konzentrationslager eingeliefert worden. Das Reichsjustizministerium registrierte von 1933-1944 11.881 vollstreckte Todesurteile.

Die ordentlichen Gerichte verurteilten von 1933 bis Kriegsbeginn 225.000 Männer und Frauen zu rund 600.000 Jahren Freiheitsstrafe. Die Gestapo hatte 1943 allein 40.000 Beamte.

Der Krieg, den der Hitlerstaat entfesselte, kostete um 40 Millionen Menschen das Leben.

Es ist unmöglich zu erwarten, dass junge Menschen, die nach dem Kriege geboren sind, alle jene Schrecken und Leiden nachempfinden können, die die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft mit sich gebracht haben.

Aber die Tatsache, dass dies erst 35 Jahre her ist, die Hälfte eines durchschnittlichen Menschenlebens, macht deutlicher als alles andere klar, dass ein demokratischer Staat wie der unsere mit diesem vorher nie gekanntem Maß an Freiheit und Recht keine Selbstverständlichkeit ist – und unbeschadet dessen, dass er von uns in dieser Form nicht erkämpft wurde – doch geliebt und verteidigt werden muss, um lebensfähig zu sein.

Das Schreckgespenst unserer jüngeren Vergangenheit ist bei zwei Gelegenheiten kürzlich ganz besonders deutlich geworden in der Sendung „Holocaust“ mit der sich daran anknüpfenden, besonders viele Jugendliche erregenden Diskussion, eine Art Dammbreach durch den Wall des Schweigens, der dieses Thema so lange umgab, und die Verjährungsdebatte im Deutschen Bundestag, die wegen der Nazi-Verbrechen eben mehr und etwas anderes war als ein Expertenstreit über ein uraltes Thema der Jurisdiktion.

Hier wurde im In- und Ausland Vergangenheit in einem ungewöhnlichen Maß wieder lebendig und die Deutschen – wir alle – kritisch gemessen im Lichte jener Moral, die im politischen Alltag oft unsichtbar, auf der Welt vielmals durchbrochen und geschändet, als tiefste Quelle mitmenschlichen Handelns und politischen Anspruchs dennoch nicht verschüttet ist, sondern gerade in größter Not ihre unausrottbare Existenz beweist. In diesem Lichte erscheint die deutsche Widerstandsbewegung, derer wir heute gedenken, als Ehrenrettung und Zeichen jenes anderen anständigen Deutschland, das kämpfte, im Ausland, wo es auch schwierig war und besonders im Inland – trotz der Konzentrationslager. Der 20. Juli, die bekannteste Widerstandsaktion, vereinigte hohe Militärs, Diplomaten, Gewerkschaftler, Arbeitsführer, Prälaten und Beamte; Soldaten und Zivilisten, Katholiken und Protestanten, Sozialisten, Konservative und Kommunisten. Sie bildeten eine Koalition gegen Unterdrückung und Unrecht. Beck, von Witzleben, Stauffenberg, Moltke, von Hassel, Leuschner, Leber, Letterhaus, Goerdeler, Mierendorff, Haubach, Reichwein, Gross, Müller, Kaiser sind nur die bekanntesten von den Mitgliedern der geheimen Bewegung, die über Jahre hinweg diskutierten, planten, die Aktion vorbereiteten. 5.000 Menschen, darunter 2 000 Offiziere, fielen den Verfolgungen nach dem 20. Juli zum Opfer.

Es wäre aber historisch falsch und ungerecht, den 20. Juli als einzigen Ausdruck des deutschen Widerstandes gegen Hitler im Gedächtnis zu behalten, den Widerstand gar auf die Bewegung des 20. Juli zu reduzieren. Es wäre vor allem ungerecht gegenüber denen, die von Anfang an politische Gegner der Nazis waren und auch so behandelt wurden. Tatsächlich hat es vom Tag der Machtergreifung an Deutsche gegeben, die der Nazi Herrschaft widerstanden. Das wusste niemand besser als die Nazis selbst, die sofort nach dem 30. Januar 1933 begannen, ihre innenpolitischen Gegner, namentlich in der Arbeiterbewegung, zu unterdrücken und auf die brutalste Weise zu verfolgen. Bis zum Sommer 1933 waren bereits rd. 50.000 politische Gegner in so genannte „Schutzhafte“ genommen, d.h. in Konzentrationslagern und Gefängnissen eingesperrt. Viele flohen ins Ausland.

Und auch jener ist zu gedenken, die der Verhaftung entgingen, aber illegal die Parteiarbeit fortsetzten, tätige Solidarität mit den Familien der Verfolgten übten, Verbindungen im In- und Ausland aufrecht hielten.

Sie waren ein wichtiger Faktor, den die Leute des 20. Juli bei ihren Zukunftsplanungen in Rechnung stellen konnten bei der Frage nach Resonanz und aktiver Hilfe beim Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands.

Der Anschlag auf Hitler misslang, der totale Krieg endete nach weiteren 9 ½ Monaten in der totalen Niederlage. Allein die deutsche Widerstandsbewegung bewahrte uns Deutsche beim Zusammenbruch unseres Staates und seiner Kriegsmacht vor dem totalen Gesichtsverlust. Sie legte den Grundstein für den demokratischen Wiederaufbau des total zerstörten Landes, für den Beginn gutnachbarlicher Beziehungen zu anderen Ländern, auch solchen, die vorher Kriegsgegner waren.

Kann die jüngere, die junge Generation etwas von dem nachempfinden, etwas aus der Geschichte lernen, die nur für die Älteren noch die Geschichte auch ihres Lebens ist? Der britische Historiker Parker, der es falsch findet, den Deutschen eine besondere Veranlagung zum Bösen zuzuschreiben, sagt, die NS-Herrschaft habe

gezeigt, wie tief eine hochzivilisierte Gesellschaft sinken kann, und dies sei eine Tatsache, die das Selbstverständnis der gesamten Menschheit angehe. Um wie viel mehr, möchte ich sagen, das der Deutschen, denen niemand und nichts die Scham abnimmt, wie Theodor Heuss 1952 bei der Einweihung des Mahnmals in Bergen-Belsen gesagt hat. Auch die der eigenen Entlastung dienende Berufung auf die an Deutschen verübten Brutalitäten nicht, die Heuss als „das Verfahren der moralisch Anspruchslosen“ bezeichnete, die es in allen Völkern gibt.

Um was es den Männern des 20. Juli und all den anderen Frauen und Männern des Widerstandes ging, hat Graf Moltke 1942 in einem Brief nach England dargelegt. „Für uns ist“, so schreibt er, „Europa nach dem Krieg weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopffartigen Organisationen und großartigen Planungen. Die eigentliche Frage, vor die Europa nach dem Kriege gestellt sein wird, ist die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann. Dies aber ist eine Frage der Religion und der Erziehung, der organisatorischen Verbundenheit mit Beruf und Familie, des rechten Verhältnisses zwischen Verantwortung und Anspruch.“

Das Bild des Menschen im Herzen. Darum ging es den Widerstandskämpfern. Und darum geht es heute. Wir, die wir uns heute wieder die Not der Verfolgten im eigenen Land vergegenwärtigen und damit unserer Jugend zeigen wollen, was passieren kann, wenn wir nicht wachsam sind – neue NS-Literatur mit Hitler-Verherrlichungen z.B. harmlos nehmen – wir müssen unsere Sinne schärfen gegen jede Art von Unrecht, die Menschen auch heute geschieht. Sei es das Unrecht, das kleine Gruppen, das Minderheiten – Randgruppen genannt – erdulden. Sei es auch Unrecht, das jenseits unserer Grenze geschieht. So wie die Widerstandskämpfer auf Hilfe gewartet haben und tief enttäuscht registrierten, dass 1934 z.B. von draußen keine Reaktion auf ein von der illegalen Sozialdemokratie ins Ausland versandtes Buch mit Berichten über 36 Konzentrationslager erfolgte, so warten heute die Flüchtlinge aus Vietnam, die Befreiungsbewegungen in Afrika und Mittelamerika auf unsere Reaktion und Hilfe. Erschüttert lasen wir nach dem Krieg von der Exodus, die keiner haben wollte, von der Konferenz in Genf, die ohne Ergebnis blieb. Jetzt treiben wieder Schiffe auf dem Meer. Eine neue Genfer Konferenz steht bevor.

Bei uns hat – scheint es – ein Teil der Jugend die heutige Politik und das allgemeine gesellschaftliche Leben hier satt. Sie wollen weg von spießigem Wohlstandsdenken und vordergründiger Wachstumspolitik und wenden sich zum Teil – wie sie das nennen – „alternativen Lebensweisen“ zu.

Sie finden so gar nichts Faszinierendes mehr an einem Staat, der bisher gut geölt und sozial gepolstert, schrankenlos freiheitlich und völlig unaufregend in die Zukunft fuhr. So sehr sie immer die Mühen unterschätzen, die es auch heute macht, Frieden, Wohlstand, soziale Sicherheit zu erhalten, so sehr müssen wir für diese Warnhinweise dankbar sein, dass Neubesinnung Not tut. Alternatives Leben als Rückzug ins Private, als Zurück zur Natur kann keine Lösung für uns alle sein.

Vor 16 Jahren fragte Waldemar von Knoeringen in einer Münchener Rede: „Wie viele von uns hätten die Kraft, für diese Demokratie ihr Leben zu wagen? Ist sie nicht unrealistisch, ist sie nicht zu emotional, zu idealistisch, diese Mahnung aus den Gräbern des Widerstandes in einer Zeit der Entideologisierung der Politik, der

Versachlichung politischer Entscheidungen, der ständigen Steigerung der Zahlen des Staatshaushaltes, der Verkürzung der Arbeitszeit und der Massenströme der Italienurlauber? ... Ist nicht der Widerstand Geschichte, heroische Geschichte, aber eben doch Geschichte?“

Er kommt dann zu der Feststellung, dass der Widerstand den letzten Kern sichtbar machte, aus dem alles Menschliche lebt: die Größe und die Würde der menschlichen Person, auf die sich im letzten der Mensch zusammenzieht, um das Wesentliche zu retten, die letzte moralische Substanz, ohne die der Funke der Freiheit erlöschen und die Gerechtigkeit ersterben müsste.

Unsere freiheitliche Demokratie wird nur dann eine Zukunft haben, wenn die Idee des Widerstandes hineinverwoben ist in die geistig-sittlichen Fundamente unserer Demokratie, wenn sie als selbstverständlicher Ehrenkodex anerkannt ist, d.h., wenn wir alle, das Volk, der Staat, als Parlament, als politische und weltanschauliche Gemeinschaften, wenn wir eindeutig und unmissverständlich den moralischen Kern des deutschen Widerstandes bejahen.

Freiheit muss immer neu errungen werden. Und das geschieht weder durch Abkehr von der modernen Welt noch durch Duckmäsertum und Anpassung. Jene innere Stärke, die den Widerstand gekennzeichnet, aber auch erst möglich gemacht hat, der Mut zur abweichenden Meinung, zur selbstverantworteten Tat dürfen in unserer Erziehung nicht verpönt, im Alltag nicht unterdrückt werden.

Wir sind – glücklicherweise – nicht vor die Situation gestellt, wo wir wie Generalmajor Henning von Tresckow, einer der Hauptbeteiligten der Widerstandsbewegung, angesichts des wirklich drohenden Todes bekennen müssten, dass der sittliche Wert eines Menschen erst dort beginnt, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben. Aber wenn unser Bekenntnis zum 20. Juli keine Phrase sein soll, so müssen wir uns fragen, was wir denn in unserem täglichen Leben für die Freiheit, die Humanität wirklich tun.

Gustav Heinemann, den 3. Präsidenten der Bundesrepublik, ließ die Frage nicht los, warum er im „Dritten Reich“ nicht mehr widerstanden habe.

Auch wir haben zu widerstehen.

Zu widerstehen den extremistischen Gewalttätigkeiten, der immer noch hier und da aufflackernden Verhöhnung von Opfern des NS-Regimes, den neuen teilweise raffinierten Versuchen, in Schallplatten, Büchern, Bildbänden die nationalsozialistische Zeit zu verherrlichen als Heldentumslektüre für ahnungslose Kinder und Jugendliche.

Wir haben zu widerstehen der Versuchung, nicht wieder in Freund-Feind-Denken zu verfallen, verbalen Radikalismus zu betreiben, den politischen Gegner zu verteufeln.

Eine wichtige, unserem sozialen Frieden dienende Errungenschaft hat ihre Wurzel im deutschen Widerstand. Ich meine unsere Einheitsgewerkschaften. Die Witwe Jakob Kaisers berichtet, dass sich ihr Mann, der aus den Christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik hervorgegangen war, und der in den Freien Gewerkschaften

führend tätig gewesene Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner schon im Mai 1933 verpflichteten, auf den Zusammenschluss der getrennten Organisationen der Arbeiterbewegung hinzuwirken. Sie wussten, dass „dieses Ziel nur im Zeichen eines aktiven Widerstandes gegen den Nationalsozialismus erreicht werden konnte“.

Von 1933 bis 1944 führten Kaiser und Leuschner allwöchentlich Gespräche über die künftige vereinigte Gewerkschaftsbewegung. 1935 kam Max Habermann vom ehemaligen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband hinzu.

Jakob Kaiser schrieb 1945 in einem Gedenkartikel für Leuschner: „Wir sahen in einer gesunden Synthese von Sozialismus und Freiheit den richtigen Weg für das deutsche Volk.“

1941 traten Kaiser und Leuschner in Verbindung mit General Oberst Ludwig Beck, wenig später auch mit Karl Friedrich Goerdeler. Eines der Hauptthemen der Gespräche zwischen Kaiser und Leuschner auf der einen sowie Goerdeler auf der anderen Seite war die Notwendigkeit, das Verhältnis von Staat und Arbeiterschaft in einem von Hitlers Tyrannei befreiten Deutschland neu zu gestalten.

Bekanntlich sollte nach dem erstrebten Umsturz Beck das Amt des Reichspräsidenten, Goerdeler das Amt des Reichskanzlers und Leuschner das Amt des Vizekanzlers übernehmen, während für Jakob Kaiser eine wichtige Funktion im Gewerkschaftswesen vorgesehen war. Das Schicksal Becks, Goerdelers und Leuschners, den Jakob Kaiser vergeblich zu retten versucht hatte, ist bekannt. Am Vorabend seiner Hinrichtung sagte Leuschner: „Morgen werde ich gehängt, schafft die Einheit.“

Mit dieser etwas ausführlichen Schilderung über die Zusammenarbeit von Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner wollte ich einen Aspekt hervorheben, der mir manchmal bei der Gesamtwürdigung der deutschen Opposition gegen Hitler zu kurz gekommen scheint, den Aspekt der Toleranz als unerlässliche Voraussetzung der Kompromissfähigkeit.

Antidemokratisches Denken ist gleichbedeutend mit Intoleranz. Umgekehrt ist Demokratie ohne Toleranz nicht möglich.

Toleranz aber ist nicht mit Gleichgültigkeit zu verwechseln, wie sie sich etwa in der aufgeklärt-absolutistischen Haltung zeigt, der zufolge jeder nach seiner Façon selig werden kann. Vielmehr muss in einem auf Humanität und Gerechtigkeit, und zwar auch soziale Gerechtigkeit, verpflichteten Gemeinwesen wie dem unserem Toleranz vom bloßen Dulden und Ertragen zum aktiven Mittragen des anderen hinführen. In der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland ist solche solidarisch-aktive Toleranz in mancherlei Beziehung zum Tragen gekommen, z.B. bei der Gesetzgebung für Behinderte, der Sozialhilfe, dem Angebot beruflicher Umschulung oder den verschiedenen Rehabilitationsmöglichkeiten, den jetzigen trotz in Einzelheiten abweichenden Auffassungen doch gemeinsamen Bemühungen um die Jugendhilfe. Aber es fehlt immer noch viel an Einfühlungsvermögen und mitmenschlichem Verständnis im Alltag. Noch immer fragen wir uns zu wenig, wie größere Familien, wie Behinderte wohnen, noch immer werden viele alte Menschen abgeschoben, Kinder geschlagen, noch immer ist die Lage der Psychiatrie in

unserem Lande unzureichend. Wenn ich das als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sage, so weiche ich damit keineswegs vom Thema unserer heutigen Feierstunde ab. Die extreme Unmenschlichkeit, gegen die der deutsche Widerstand sich erhob, muss auch unser Gewissen schärfen und uns selbstkritisch machen gegenüber allem jetzt vermeidbaren Leid.

Der Frage, wie all das unfassbar Schreckliche geschehen konnte, ist sehr schwer auf den Grund zu gehen. Die Frage aber, was wir alle und jeder an seinem Platz im Dienste der Mitmenschlichkeit tun können, diese Frage kann sich jeder Gutwillige leichter beantworten. Der nach dem 20. Juli zum Tode verurteilte Jesuitenpater Alfred Delp schrieb: „Wenn durch einen Menschen ein wenig mehr Liebe und Güte in der Welt war, hat sein Leben einen Sinn gehabt.“ Wenn wir diese Worte recht verstehen, dann ist die Folgerung aus der Barbarei des NS-Regimes nicht nur, dass sich Auschwitz nicht wiederholen darf, wie Theodor W. Adorno den „kategorischen Imperativ“ der Bundesrepublik Deutschland formuliert hat. Sondern es ergibt sich die Forderung, unser gesamtes Leben und fügliches Wirken am Postulat der Menschlichkeit, der Mitmenschlichkeit auszurichten, auch, aber nicht nur in der Politik.